



## „Brexit“? Pro und Contra

Sehr geehrte Damen und Herren,

der britische Premierminister David Cameron hat für Juni ein nationales Referendum über den Verbleib in oder den Austritt aus der Europäischen Union (EU) angesetzt, und es ist nicht abzusehen, wie die Abstimmung ausgehen wird, weil es derzeit neben Befürwortern und Gegnern der beiden Möglichkeiten noch ca. 15 % unentschiedene Wähler gibt. Bevor wir uns mit der Frage beschäftigen, was ein Ausscheiden Großbritanniens aus der EU wirtschaftlich und politisch bedeuten würde, gilt es, uns die Ausgangssituation zu verdeutlichen.

**Wirtschaftlich** steht Großbritannien gegenwärtig nicht besonders gut da. Obwohl es gar nicht zur Eurozone gehört, erholt sich das Land nur langsam von der Finanzkrise 2008. Die Staatsverschuldung liegt auf dem Niveau Spaniens, die Netto-Neuverschuldung (in Prozent des Bruttoinlandsprodukts) beträgt das Doppelte des Euroraums, die Arbeitslosenquote verharrt bei knapp 8 Prozent, die Arbeitsproduktivität stagniert, die britischen Exporte verlieren international an Wettbewerbsfähigkeit.

**Politisch** sind die Briten immer schon ihren eigenen Weg gegangen. Das mag in den Besonderheiten der Insellage begründet sein, die der Nation geschichtlich nachweisbar einen Hang zur „splendid isolation“ nahe gelegt hat. Als ehemalige Kolonial- und Weltmacht sind es die Briten tendenziell gewöhnt, ihre Vorstellungen eher durch Druck und Vorgaben durchzusetzen als mit anderen Ländern um politische Kompromisse zu ringen. Insofern hat es den Briten, was die Zugehörigkeit zur EU betrifft, von Anfang an Integrationswillen gefehlt. Margaret Thatcher hat diesem Hang zur Selbstbestimmung und zum Protektionismus vor einigen Jahren mehr als deutlichen Ausdruck verliehen.

Für die britische Wirtschaft würde der Austritt aus der EU eindeutig negative Auswirkungen haben. Großbritannien hat enge Handelsverflechtungen mit der EU, ein Großteil der Arbeitsplätze ist direkt oder indirekt davon abhängig, das Land erwirtschaftet einen hohen Überschuss an Finanzdienstleistungen mit der EU. Aus diesem Grund propagieren britische Wirtschaftsvertreter verständlicherweise einen Verbleib des Landes in der Gemeinschaft. Wie hoch die wirtschaftlichen Kosten eines „Brexit“ wirklich sein würden, hängt natürlich davon ab, wie es anschließend mit den Handelsbeziehungen zwischen Großbritannien und der EU weiter gehen würde. Ein vollständiger Alleingang nach dem Muster der Schweiz ist kaum anzunehmen, wahrscheinlicher ist, dass sich die Briten um eine Freihandelszone mit der EU oder wichtigen Mitgliedsländern bemühen werden.

Aber auch für die Europäische Union wären die Folgen eines britischen Austritts von erheblicher Bedeutung. Großbritannien hat einen BIP-Anteil von ca. 16 Prozent an der EU, d. h. die Gemeinschaft würde in diesem Umfang an Wirtschaftskraft (und politischer Bedeutung) verlieren. Als Konsequenz würde sich eine beträchtliche Lücke im EU-Haushalt ergeben, immerhin ist Großbritannien mit mehr als 7 Milliarden Euro pro Jahr der drittgrößte Nettozahler der Gemeinschaft. Diese müsste sich in der Folge eine völlig neue finanzielle Struktur geben.

Meschede, März/April 2016

Die derzeit in Großbritannien geführte politische Diskussion um Pro und Contra des „Brexit“ ist extrem kontrovers. Premierminister Cameron versucht, seinen Landsleuten die nach langen zähen Verhandlungen auf dem jüngsten EU-Gipfel erhandelten Kompromisse zugunsten Großbritanniens als Argument für ein Verbleiben in der EU zu verkaufen. Er muss dabei gegen starke nationalistische Kräfte ankämpfen. Das hat im Mai 2014 noch der Erdrutschsieg der euroskeptischen Ukip bei den Europawahlen gezeigt. Andererseits steckt den Briten noch das Abspaltungsreferendum der Schotten vom September 2014 in den Knochen. Die Schotten sind definitiv europafreundlich und daher gegen den „Brexit“. Man weiß nicht, wie sie sich zukünftig positionieren werden, sollte es gegen ihre Überzeugung zu einem Austritt aus der EU kommen.

Was also sollen wir uns als Ausgang des Briten-Referendums wünschen? Aufgrund meiner liberalen Überzeugung bin ich grundsätzlich der Meinung, dass man niemanden zu seinem (politischen) Glück zwingen sollte. Wenn also die Briten die Europäische Union als Wertegemeinschaft mit weiter gehenden Integrationsansprüchen nicht wollen, dann mögen sie diese eben verlassen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Briten unter Frau Thatcher schon großzügige Nachlässe auf ihre Beitragsverpflichtungen (Brittenrabatt) und aktuell unter Cameron weitgehende Sonderrechte in puncto politische Souveränität erhandelt haben. Es kann einfach nicht angehen, dass einer ständig Sonderrechte für sich reklamiert, sich aber aus den Gemeinschaftsverpflichtungen nach Möglichkeit heraus hält.

Dem ist entgegenzuhalten, dass die Briten in der Vergangenheit aufgrund ihrer liberalen Denkweise der EU das eine oder andere Mal durchaus gut getan haben. Sie erinnern sich an die gelegentlichen, völlig unverständlichen Bürokratieauswüchse aus Brüssel (Normung des zulässigen Krümmungsgrads von Bananen und Salatgurken). In solchen Situationen hat Großbritannien an der Seite Deutschlands Unsinniges verhindert. Diese Stimme würde in Zukunft fehlen.

Aber die oben dargestellten Grundsätze müssen den Vorrang behalten. Wenn also die Briten im Juni tatsächlich für den „Brexit“ stimmen, so wird die Welt nicht untergehen, zumal ein solcher Schritt nicht irreversibel wäre. Vielmehr würde die entstehende (temporäre) Krise eher die Qualität eines reinigenden Gewitters haben, das die Chance in sich trägt, die Struktur der Europäischen Gemeinschaft noch einmal neu zu durchdenken. Insofern verweise ich auf meine Ausführungen in der letzten Kolumne von Januar/Februar 2016.

Ich bin gespannt, wie es ausgehen wird, und verbleibe mit freundlichen Grüßen.

Ihr

Wenn Sie Interesse am Nachlesen der bisher erschienenen Kolumnen haben, finden Sie diese auf unserer Homepage [www.dr-rieden.de](http://www.dr-rieden.de)